

Die baden-württembergische Landtagswahl vom 27. März 2011: Zäsur und Zeitenwende?

Oscar W. Gabriel und Bernhard Kornelius

Die Wahl zum 15. Baden-Württembergischen Landtag endete spektakulär: Rekordergebnisse – positiv wie negativ – für sämtliche im Parlament vertretenen Parteien leiteten am 27. März 2011 den ersten lurenreinen Machtwechsel in der Landesgeschichte ein. Nach 58 Jahren gubernementaler Dauerpräsenz¹ musste die CDU in die Opposition, Grüne und SPD bilden die Regierung und etablieren in einer ungewohnten Senior-Junior-Konstellation ein völlig neues Koalitionsmodell. Bei einem starken Anstieg der Wahlbeteiligung scheint die Neujustierung der parteipolitischen Kräfteverteilung eine Zäsur und Zeitenwende zu markieren, deren Bedeutung weit über die Landesgrenzen hinausreicht. Mit Baden-Württemberg verloren die Christdemokraten in Westdeutschland ihre letzte traditionelle Hochburg, in der sie seit der Landesgründung ununterbrochen regiert hatten. Die SPD fiel erstmals in einem Bundesland hinter die Grünen zurück. Mit *Winfried Kretschmann* wurde der erste grüne Regierungschef in einem Bundesland gewählt. Er war seit 1959 der erste Ministerpräsident in der Bundesrepublik Deutschland, der nicht aus den Reihen der CDU/CSU oder SPD stammt.

Ermöglicht wurde der Wandel in Stuttgart von einer für das Land bislang atypischen Wechselstimmung: Nach nur 42 Prozent unmittelbar vor der Landtagswahl 2006² äußerten jetzt 57 Prozent aller Wahlberechtigten, dass es „Zeit ist für andere Parteien an der Regierung“³. Diese Ansicht vertraten vornehmlich Wähler aus den jüngeren und mittleren Altersgruppen; mit einem Anstieg des formalen Bildungsniveaus wurde sie ebenfalls immer häufiger geäußert. Allein eine knappe Mehrheit der über 60-jährigen Baden-Württemberger war nicht von der vorherrschenden Stimmungslage erfasst. Grundlage des weit verbreiteten Wunsches nach einer neuen Regierung war weniger ein übermäßiges Vertrauen in die Opposition oder in das rot-grüne Spitzenpersonal als ein starker Reputationsverlust der Regierungsparteien und der von ihnen getragenen Regierung. Ein ausgesprochen schwach bewerteter, hochgradig polarisierender Regierungschef sowie die Positionen der Parteien zu gleich mehreren kontrovers diskutierten Themen schufen die Voraussetzungen für die Abwahl der CDU/FDP-Regierung. Allerdings hatte die Wahlniederlage ihre Ursachen in politischen Entwicklungen, die bereits unmittelbar nach der Landtagswahl 2006 begonnen hatten.

- 1 Diese Rolle wird sehr deutlich im Titel einer Langzeitstudie über die baden-württembergischen Landtagswahlen von *S. Isabell Thaidigsmann*, Wir können alles. Außer auf einen CDU-Ministerpräsidenten verzichten. Ergebnisse der baden-württembergischen Landtagswahlen 1968 bis 2006, in: *Kerstin Völk / Kai-Uwe Schmapp / Everhard Holtmann / Oscar W. Gabriel* (Hrsg.), Wähler und Landtagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 2008, S. 39 – 62.
- 2 Vgl. *Oscar W. Gabriel / Kerstin Völk*, Die baden-württembergische Landtagswahl vom 26. März 2006: Schwarzes Land mit bunten Tupfern, in: *ZParl*, 38. Jg. (2007), H. 1, S. 16 – 33.
- 3 Datenbasis hier und nachfolgend – wenn nicht explizit gekennzeichnet – Forschungsgruppe Wahlen e.V., Blitzumfrage zur Landtagswahl in Baden-Württemberg 2011, Mannheim 2011.

1. Die Ausgangslage

Im Rückblick erweisen sich der Wahlkampf und das Wahlergebnis vom 27. März 2011 als nahezu logisch erscheinende Verlängerung der für Baden-Württemberg sehr atypisch verlaufenen 14. Wahlperiode des Landtages. Nach ihrem klaren Erfolg bei der Landtagswahl 2006 nahm die CDU unter ihrem designierten Ministerpräsidenten *Günter Oettinger* Sonderungsgespräche mit der FDP und den Grünen auf, um die Möglichkeiten einer Regierungsbildung auszuloten. Doch bereits nach zwei Runden beendete die CDU die Gespräche mit den Grünen und entschied sich für eine Fortführung der bisherigen Koalition mit der FDP. Die treibende Kraft bei dieser Entscheidung war der damalige Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion *Stefan Mappus*⁴, der spätestens mit dieser Intervention seine Funktion als Feindbild für die Grünen begründete und die Weichen für den polarisierenden Wahlkampf des Jahres 2011 stellte.

Erst im Vorfeld der Landtagswahl 2011 entstand allerdings die Konstellation, die zu der für den Wahlkampf typischen Frontstellung zwischen der CDU und den Grünen führte. Nach dem für die baden-württembergische CDU enttäuschend verlaufenen Wahljahr 2009 geriet der amtierende Ministerpräsident und Landesvorsitzende *Oettinger* immer stärker ins Kreuzfeuer der Kritik. Nicht zuletzt ihm wurde es angelastet, dass der Landesverband bei der Bundestagswahl 2009 mit 34,4 Prozent sein schlechtestes Ergebnis seit der Gründung des Bundeslandes erzielt und auch bei den Europa- und Gemeinderatswahlen Einbußen zu verzeichnen hatte. Um einer drohenden Niederlage der CDU 2011 vorzubeugen, leitete die Bundesparteivorsitzende und Bundeskanzlerin *Angela Merkel* mit der Unterstützung führender CDU-Politiker aus dem Lande *Oettingers* Wechsel als EU-Kommissar nach Brüssel ein. Dieser Schritt wurde im Februar 2010 vollzogen und brachte mit *Mappus* den führenden Exponenten des konservativen Parteiflügels ins Amt des baden-württembergischen Ministerpräsidenten, der zudem als Vorsitzender der Landtagsfraktion keinem noch so scharfen Konflikt mit den Oppositionsfaktionen aus dem Wege gegangen war und den politischen Streit gesucht hatte.

Nahezu zeitgleich mit dem Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten spitzte sich die öffentliche Auseinandersetzung um das umstrittene Bahnprojekt Stuttgart 21 zu. Seit dem Beginn des Jahres formierten sich die so genannten Montagsdemonstrationen, an denen von Anfang an führende Vertreter der Grünen, unter ihnen auch einige Landtagsabgeordnete, prominent beteiligt waren. Bereits bei der Stuttgarter Gemeinderatswahl im Sommer 2009 hatte sich die scharfe Opposition der Grünen gegen das Großprojekt als zugkräftiges Wahlkampfthema erwiesen und der Partei zur allgemeinen Überraschung die relative Mehrheit der Sitze im Gemeinderat der Landeshauptstadt beschert. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrung setzten Grünen-Politiker, vornehmlich aus der Landeshauptstadt, auf die Strategie, dieses Thema durch öffentliche Protestaktionen bis zur Landtagswahl auf der politischen Agenda zu halten.⁵ Dies vertiefte die ohnehin seit längerer Zeit im Gang befindliche Entfremdung zwischen den Grünen und der CDU.

4 Vgl. Oscar W. Gabriel / Kerstin Völk, a.a.O. (Fn. 2), S. 31.

5 Vgl. „Massive Proteste gegen Stuttgart 21 – Der Schwabe kann auch anders“, in: RP Online vom 26. August 2010, http://www.rp-online.de/panorama/deutschland/Der-Schwabe-kann-auch-anders_aid_898606.html (Abruf am 23. September 2011).

Die weitere politische Entwicklung im Verlaufe des Jahres 2010 tat ein Übriges, um diesen Gegensatz zu verschärfen. Nach dem Beginn der Abrissarbeiten am Nordflügel des Stuttgarter Hauptbahnhofs beherrschte das Thema in der Folgezeit die Schlagzeilen. Auf Grund der zunächst passiven Haltung der Landesregierung prägten die Positionen der Projektgegner das Meinungsklima in der Landeshauptstadt. Spätestens seit dem Sommer 2010 richtete sich der Protest nicht allein gegen das Projekt, sondern auch gegen seine Träger, die Bahn AG, den Stuttgarter Oberbürgermeister und die Landesregierung. Dies fand in den Parolen „Lügenpack“ und „Mappus weg“ einen mehr als deutlichen Ausdruck.⁶

Zu einer neuerlichen Eskalation kam es am 30. September 2010, als die Polizei in einem Großeinsatz erstmals seit dem Beginn der Proteste mit Schlagstöcken und Wasserwerfern gegen die Demonstranten vorging. Dies veranlasste den Bundesvorsitzenden der Grünen, *Cem Özdemir*, zu der bald wieder zurückgezogenen, aber doch gemachten Aussage, Ministerpräsident *Mappus* habe „Blut sehen“ wollen.⁷ Das nach dem „Schwarzen Donnerstag“ eingeleitete öffentliche Schlichtungsverfahren über Stuttgart 21 vermochte es nicht mehr, die tiefe Spaltung in der Wählerschaft und zwischen den Parteien zu überwinden, die dieses Thema mit sich gebracht hatte. Der Streit über das Projekt blieb nicht auf die Stadt und das Land beschränkt. Wie eine kontrovers und emotional geführte Bundestagsdebatte zeigte, war Stuttgart 21 zu einer bundespolitischen Streitfrage geworden, in der – anders als gewohnt – nicht die Union und die SPD, sondern die CDU/CSU und die Grünen als Protagonisten auftraten. Die Kanzlerin bezog in dieser Auseinandersetzung eine klare Position, indem sie vor dem Deutschen Bundestag die Landtagswahl im Südwesten zur „Befragung der Bürger“ über den geplanten Bahnhofsumbau erklärte.⁸ Als politischer Arm einer immer stärkeren Bewegung, die keinesfalls nur Protest gegen das umstrittene Großprojekt bündelte, sondern implizit auch die Regierungspraxis und -kultur im Land kritisch hinterfragte, profitierten die Grünen von der Zuspitzung des Konflikts. Später wurde die Abgrenzung von den C-Parteien weiter vorangetrieben, nachdem erneut *Angela Merkel* schwarz-grüne Bündnisse als „Illusionen“ und „Hirngespinst“⁹ abgetan hatte und nun oft von der „Drogen-Partei“ die Rede war. Erfolgreich war das strategische Roll-Back nach einer Phase schwarz-grüner Entpolarisierung im Bund aber nur bedingt: Bundesweit hatte sich in den Politbarometer-Umfragen der Zuspruch zu den Grünen in den ersten beiden Monaten des Wahljahres zwar abgeschwächt, und in Baden-Württemberg schaffte es das Kabinett *Mappus* bei der Leistungsbeurteilung knapp aus dem Negativbereich. Auch für die CDU/FDP-Landesregierung ging es in Umfragen temporär wieder etwas bergauf, doch von alter Stärke oder zumindest einer – unter Beachtung statistischer Fehlerbereiche von Umfragen

6 Vgl. „Stuttgart 21: ‚Lügenpack‘ – die Lösung bleibt!“, <http://www.randzone-online.de/?p=8014> (Abruf am 23. September 2011).

7 Vgl. „Özdemir (Grüne) nimmt Blut-Spruch zurück“, in: BZ Online vom 2. Oktober 2010, <http://www.bz-berlin.de/aktuell/deutschland/oezdemir-gruene-nimmt-blut-spruch-zurueck-article994909.html> (Abruf am 23. September 2011).

8 Unter anderem *Majid Sattar / Rüdiger Soldt*, *Merkel: Landtagswahl entscheidet über „Stuttgart 21“*, in: FAZ vom 16. September 2010, S. 1; *Stefan Braun*, *Merkels Wagnis*, in: SZ vom 25. September 2010, S. 5.

9 So *Angela Merkel* auf dem CDU-Bundesparteitag im November 2010, vgl. „Merkel sieht Schwarz-Grün als ‚Hirngespinst‘“, in: sueddeutsche.de vom 15. November 2010, <http://www.sueddeutsche.de/politik/cdu-parteitag-merkel-sieht-schwarz-gruen-als-hirngespinst-1.1023966> (Abruf am 21. November 2011).

– sicheren Mehrheit blieb Schwarz-Gelb weiter entfernt. Anders die Grünen, die trotz rückläufiger Bedeutung des Bahnhof-Themas selbst vor den Ereignissen in Japan von den meisten Demoskopen sichtbar über der 20-Prozent-Marke verortet wurden. Auch wenn die Ex-Öko-Partei mit der atompolitischen Kettenreaktion in Deutschland infolge der Katastrophe von Fukushima ein ureigenes Thema besetzen konnte, war das Fundament für die politische Zeitenwende längst vorhanden. Monokausal¹⁰, so viel war klar, sollte sich der Erfolg der Grünen jedenfalls nicht erklären lassen, denn begonnen hatte deren bundesweiter Aufwärtstrend schon gut ein Jahr vor der Landtagswahl im Südwesten: Mit dem Fehlstart von Schwarz-Gelb in Berlin, einer schwachen SPD und einer zunehmend zerstrittenen Linken war die einstige Kleinpartei im Bund zum heimlichen Oppositionsführer avanciert.

Zu dieser günstigen bundespolitischen Ausgangslage kam eine traditionell starke Verankerung im Südwesten¹¹ sowie ein sozialstrukturelles Plus: In der Bevölkerung Baden-Württembergs, wo die Grünen schon vor 2011 ihre im langfristigen Mittel besten Ergebnisse in Flächenländern erzielten, ist ihre Kernclientel – ökonomisch überproportional gut abgesicherte Bürger der jüngeren und mittleren Altersgruppen mit hohen Bildungsabschlüssen – zahlreich vertreten. Dass nun die Ex-Öko-Partei weit über ihre klassische Stammwählerschaft und die urban-bildungsbürgerlichen Zentren des Landes hinaus so viele Wähler rekrutieren sollte, hatte neben dem bundespolitischen Rückenwind und dem relativen Standortvorteil natürlich auch landes- und themenspezifische Gründe, unter denen der geplante Bahnhofumbau in der Landeshauptstadt lange der herausragende war.

2. Der Wahlkampf

Anders als es die umfangreichen, thematisch breit gefächerten Regierungsprogramme der vier im Landtag vertretenen Parteien erwarten ließen, konzentrierte sich der Wahlkampf 2011 von Anfang an auf drei thematische Schwerpunkte: Neben dem Dauerstreit über Stuttgart 21 waren dies die Energie- und Atompolitik sowie die Schul- und Bildungspolitik. Keines dieser Themen gehörte zu den klassischen Domänen der CDU, und alle wiesen die Charakteristika stark polarisierender Positionsissues auf. Zu Stuttgart 21 hatten sich die Gegensätze zwischen der CDU und den Grünen bereits vor langer Zeit herausgebildet und zunehmend als unversöhnlich erwiesen. Die SPD war in dieser Frage gespalten. Sie spielte in der öffentlichen Wahrnehmung des Konflikts keine Rolle und versuchte sich im Wahlkampf durch die Forderung nach einem Volksentscheid über das Thema zu profilieren, dessen Realisierung sie sogar zur Bedingung einer künftigen Regierungsbeteiligung machte. In der Energiepolitik waren die Fronten zwischen allen Parteien klar. Während sich die

10 Nach der Wahl war vielfach zu lesen, die Atomkatastrophe im japanischen Fukushima habe *Winfried Kretschmann* zum Ministerpräsidenten gemacht. Vgl. *Albert Funk*, Wahlanalyse: Japan, Atom, Mappus, in: Tagesspiegel Online vom 27. März 2011, <http://www.tagesspiegel.de/politik/wahlanalyse-japan-atom-mappus/3995094.html>; „Atom-Debatte entscheidet Wahlen – Grün-Rot in Baden-Württemberg“, in: RP Online vom 28. März 2011, <http://nachrichten.rp-online.de/titelseite/atom-debatte-entscheidet-wahlen-gruen-rot-in-baden-wuerttemberg-1.581007> (jeweils Abruf am 20. Juli 2011).

11 Zu den Mitgliederzahlen der Parteien und ihrer Verteilung in den Bundesländern vgl. *Oskar Niedermayer*, Parteimitglieder seit 1990, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 15, Berlin 2009, S. 9.

CDU – ebenso wie die FDP – zunächst für die weitere Nutzung der Kernenergie als Brückentechnologie einsetzte, forderten die SPD und die Grünen einen möglichst schnellen Ausstieg. Gleichartig verlief die Konfliktfront in der Bildungspolitik, in der SPD allerdings eine im Vergleich mit den Grünen klarere Gegenposition zur CDU bezog. Die Regierungsparteien hatten sich in ihren Wahlprogrammen klar für die Beibehaltung des dreigliedrigen Schulsystems ausgesprochen. SPD und Grüne propagierten im Wahlkampf dagegen einen Übergang zur Gemeinschaftsschule, wenn auch auf freiwilliger Basis und in behutsamen Schritten. Zugleich stellten sie mit der Abschaffung der Studiengebühren und der fakultativen Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums eine Rücknahme kontroverser bildungspolitischer Entscheidungen der bisherigen Regierung in Aussicht und forderten eine kostenfreie Kinderbetreuung.¹² Versuche der CDU, neben dieser Bildungsstrukturdiskussion die hohe Qualität des baden-württembergischen Bildungssystems als Wahlkampfthema zu nutzen, blieben erfolglos.

Auf Grund der politischen Agenda ergab sich in der Kampagne 2011 eine aus bisherigen Wahlkämpfen nicht bekannte Konfliktformation. In den beiden wichtigsten politischen Streitfragen, die als Themen der „Neuen Politik“ charakterisiert werden können¹³, standen einander nicht die beiden traditionellen Volksparteien als Hauptkontrahenten gegenüber, sondern die CDU und die Grünen. Einzig in der Bildungspolitik wurden die CDU und die SPD als die Protagonisten eines parteipolitischen Konfliktes wahrgenommen. Diese ungewohnte Konstellation sollte für den Ausgang der Wahl eine maßgebliche Rolle spielen.

Nicht allein in Sachfragen, auch im Wettbewerb der Spitzenkandidaten ergab sich eine bis dato gänzlich ungewohnte Konstellation. Erstmals in der jüngeren Geschichte des Landes traten drei Kandidaten mit der begründeten Hoffnung an, nach der Wahl das Amt des Ministerpräsidenten übernehmen zu können. Als Spitzenkandidat der CDU fungierte der amtierende Ministerpräsident *Stefan Mappus*, die SPD hatte ihren Landesvorsitzenden *Nils Schmid* nominiert, und die Spitzenkandidatur für die Grünen übernahm der Vorsitzende der Landtagsfraktion *Wilfried Kretschmann*. Nicht allein die gegensätzlichen politischen Positionen der Parteien, sondern auch deren spezifische Machtperspektiven und die extrem unterschiedlichen Persönlichkeitsprofile brachten eine scharfe persönliche Konfrontation in den Wahlkampf. Der ohne Amtsbonus in den Wahlkampf gestartete Ministerpräsident wurde zunehmend zur Symbolfigur für einen von großen Teilen der Bevölkerung abgelehnten Politikstil und entsprechende politische Inhalte. *Mappus* galt als konservativer Hardliner und präsentierte sich den Wählern auch in dieser Rolle. Bis zur Eskalation des Konfliktes über Stuttgart 21 hatte er keinerlei Bereitschaft zum Gespräch mit den Projektgegnern signalisiert. Auch in der Energiefrage profilierte er sich, wie seine Gegner kritisierten, als Atomlobbyist. Er hatte zu den vehementesten Befürwortern der Aufkündigung des von der rot-grünen Bundesregierung mit den Energiekonzernen vereinbarten Ausstiegs aus der Kernenergie gehört. Dabei hatte er sogar die Ablösung von Bundesumweltminister *Norbert Röttgen* (CDU) gefordert, der in der Ausstiegsfrage eine andere Position als er vertrat. Der Gegensatz, in dem sich die CDU und insbesondere ihr Spitzenkandidat in dieser Frage zu einer breiten Mehrheit der Wähler befanden, erwies sich nach dem Reaktorunfall in Fukushima als starke Belastung für den Wahlkampf der CDU. Die Forderung nach einem

12 Siehe <http://www.landtagswahl-bw.de/wahlthemen.html> (Abruf am 23. September 2011).

13 Vgl. *Ronald Inglehart*, Traditionelle politische Trennungslinien und die Entwicklung der neuen Politik, in: PVS, 24. Jg. (1983), H. 2, S. 139 – 165.

Ausstieg aus der Kernenergie, die schon vorher von der Mehrheit der Wähler unterstützt worden war, rückte nunmehr zum weitaus wichtigsten Wahlkampfthema auf. Unter dem Druck dieser Entwicklung vollzog die Bundes-CDU eine radikale energiepolitische Kehrtwende. Für die baden-württembergische Landespartei und insbesondere ihren Spitzenkandidaten ergab sich daraus ein möglicherweise wahlentscheidendes Dilemma. Entweder musste der Landesverband an seiner im Regierungsprogramm formulierten Position festhalten und damit in Distanz zu Bundesregierung und Bundespartei treten, oder er musste die energiepolitische Wende mitvollziehen und damit eine Beschädigung der Glaubwürdigkeit des eigenen, ohnehin unpopulären Spitzenkandidaten riskieren. In dieser ausweglosen Situation entschied sich die baden-württembergische CDU für die zweite Alternative, mit den bekannten negativen Konsequenzen.

Wechselseitige persönliche Angriffe der Spitzenkandidaten in den in den Massenmedien ausgetragenen Duellen¹⁴ und ein in seinem Ausmaß bisher unbekanntes „Negative Campaigning“ gehörten zu den festen Bestandteilen des Wahlkampfes 2011. Die starke Polarisierung bestimmte nicht allein die Auseinandersetzung zwischen den Parteien, sondern auch das Verhalten der Wähler gegenüber den Wahlkampfakteuren, vor allem der Parteien des gegnerischen Lagers.¹⁵

Dementsprechend bestritten die Parteien den Wahlkampf mit eindeutigen Koalitionsaussagen. Die CDU und die FDP hatten sich klar auf eine Fortsetzung ihres Regierungsverbundes festgelegt. Eine Koalition aus SPD und Grünen, notfalls unter Tolerierung der Linkspartei, war die von den Oppositionsparteien eindeutig präferierte Alternative. Auch wenn SPD und Grüne eine Koalition mit der CDU nicht gänzlich ausschlossen, war allen Beteiligten klar, dass dies weder eine gewünschte noch eine wahrscheinliche Konstellation war.

3. Das Wahlergebnis

3.1. Das Landesergebnis

Hatten 2006 ein weithin als feststehend wahrgenommener Wahlausgang, ein kontur- und themenarmer Wahlkampf sowie das durch die Große Koalition im Bund bedingte Verwischen traditioneller Konfliktlinien¹⁶ für eine Demobilisierung gesorgt, gelang jetzt in einer grundlegend veränderten Ausgangslage die (Re-)Aktivierung breiter Wählerschichten: Nach dem historischen Beteiligungstief fünf Jahre zuvor markiert ein Plus von 12,8 Prozentpunkten den proportional stärksten Zuwachs der Beteiligungsraten in einem westlichen

¹⁴ Vgl. „Kretschmann: Mappus führt unanständigen Wahlkampf“, in: Stuttgarter Nachrichten vom 5. März 2011, <http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.landtagswahl-kretschmann:-mappus-fuehrt-unanstaendigen-wahlkampf.bfeafe80-fcb3-4015-8eff-dacb22b84b24.html>; „Schlagabtausch mit offenem Visier“, in: ebenda vom 15. März 2011, <http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.treppunkt-foyer-schlagabtausch-mit-offenem-visier.895215e6-170d-468a-8dba-bd7710acb134.html> (Abruf am 12. April und 11. Mai 2011).

¹⁵ Vgl. „Stuttgart-21-Gegner reizen Merkel“, in: Stuttgarter Nachrichten vom 2. März 2011, <http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.kanzlerin-besuch-stuttgart-21-gegner-reizen-merkel> (Abruf am 5. März 2011).

¹⁶ Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, Wahl in Baden-Württemberg. Eine Analyse der Landtagswahl vom 26. März 2006, Mannheim 2006, S. 14 – 20, S. 23.

Tabelle 1: Ergebnis der baden-württembergischen Landtagswahl vom 27. März 2011

	Prozent	Differenz 2011-2006	Anzahl	Differenz 2011-2006	Sitze 2011 (ges. 138)	Sitze 2006 (ges. 139)
Wahlberechtigte Wähler/-innen	66,3	12,9	7.622.873	+105.954		
Ungültige Stimmen	1,4	0,1	68.222	+16.396		
Gültige Stimmen	98,6	-0,1	4.983.719	+1.023.104		
Parteanteile						
CDU	39,0	-5,2	1.943.912	+195.146	60	69
SPD	23,1	-2,1	1.152.594	+156.387	35	38
Grüne	24,2	+12,5	1.206.182	+743.293	36	17
FDP	5,3	-5,4	262.784	-159.210	7	15
Die Linke	2,8	-0,3	139.700	+17.947	–	–
Sonstige	5,6	+0,5	278.547	+69.541	–	–

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart 2011.

Bundesland seit über einem halben Jahrhundert. Mit einer Wahlbeteiligung von 66,2 Prozent wurde zudem eine der höchsten Quoten bei den Landtagswahlen der letzten Jahre erreicht. Einmal mehr bestätigte sich, dass die Bürger bei einem offenen Rennen, umstrittenen Themen und klaren Parteipositionen ihr Wahlrecht intensiv nutzen.¹⁷ Exakt diese beteiligungs- und vor allem ergebnisrelevanten Kontextbedingungen waren in Baden-Württemberg nun vorhanden.

Auch wenn das Wahlergebnis vom 27. März 2011 die Machtstrukturen Baden-Württembergs nachhaltig veränderte, wies es zunächst eine Konstante auf: Wie bislang bei jeder Landtagswahl behauptete sich die CDU als stärkste Partei. Mit 39,0 Prozent verzeichnete sie allerdings die geringste Unterstützung seit der Vereinigung der Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern zu einem Bundesland vor fast sechs Jahrzehnten. Gleichzeitig markiert ein Minus von 5,2 Prozentpunkten den proportional zweitstärksten Verlust in der Geschichte der Landespartei, obwohl die Christdemokraten 195.000 Stimmen mehr verbuchen konnten als fünf Jahre zuvor und von knapp 1,75 Millionen Bürgern gewählt wurden. Die Grundlage für diesen hohen Zuspruch lieferte zunächst die bekanntermaßen zuverlässige Kernklientel mit stark profilierten Wahlnormen: überproportional viele ältere sowie langfristig parteipolitisch gebundene Wähler. Hatten 2006 noch zahlreiche potenzielle CDU-Anhänger auf Grund einer anscheinend vorentschiedenen Wahl¹⁸ und der kaum polarisierenden Ausgangslage¹⁹ gleich ganz auf die Stimmabgabe verzichtet, waren Lethargie- und Bequemlichkeitseffekte²⁰ jetzt offensichtlich kaum ausgeprägt. Vor dem Hintergrund der erheblich gestiegenen Wahlbeteiligung liegt hierin eine

17 Unter anderem *Bernhard Kornelius / Dieter Roth*, Politische Partizipation in Deutschland, Gütersloh 2004, S. 35 – 41.

18 Nach 80 Prozent im Jahr 2006 hatten jetzt nur noch 45 Prozent aller Wahlberechtigten die CDU in der Woche vor der Landtagswahl als Sieger prognostiziert.

19 Vgl. *Oscar W. Gabriel / Kerstin Völk*, a.a.O. (Fn. 2).

20 Vgl. *Frank Bretschneider*, Demoskopie im Wahlkampf. Leitstern oder Irrlicht?, in: *Markus Klein / Wolfgang Jagodzinski / Ekkehard Mochmann / Dieter Ohr* (Hrsg.), 50 Jahre empirische Wahlforschung in Deutschland, Wiesbaden 2000, S. 477 – 505, S. 491 ff.

Erklärung für den absoluten Zuwachs bei den Stimmen. So wollten nach 66 Prozent vor fünf Jahren nun 77 Prozent derjenigen Wahlberechtigten, die politisch den Christdemokraten am nächsten stehen, diese auch wählen. Der Anteil der Nichtwähler unter CDU-nahen Bürgern hatte sich hingegen halbiert und das Potenzial zur Wahl einer anderen Partei um ein Drittel reduziert. Die eigenen Reihen waren demnach geschlossen, doch vor dem Hintergrund der massiv gestiegenen Wahlbeteiligung reichte die Mobilisierung der Anhänger dieses Mal nicht aus, um den Machtverlust abzuwenden. Im Vergleich mit der bei der vergangenen Landtagswahl erreichten Stimmenzahl betrug der eigene Stimmenzuwachs zwar gut elf Prozentpunkte, der neue Hauptkontrahent, die Partei der Grünen, konnte sich bei den Gesamtstimmen aber um spektakuläre 160 Prozent steigern. Gut 1,2 Millionen Wähler, knapp eine dreiviertel Million mehr als beim letzten Mal, hatten ihr Kreuz bei den Grünen gemacht. Am Ende erzielte der politische Sieger der Landtagswahl 24,2 Prozent – nach einem nie da gewesenen Zuwachs von 12,5 Punkten das mit Abstand beste Ergebnis der Partei auf Landesebene überhaupt.

Mit dem historisch schlechtesten Landesergebnis endete die 15. Wahl zum Baden-Württembergischen Landtag für SPD und FDP, wenngleich die absoluten Bilanzen und die politischen Konsequenzen für beide Parteien sehr unterschiedlich ausfielen. Die SPD unterschritt mit 23,1 Prozent um zwei Prozentpunkte ihren bisherigen Tiefpunkt aus dem Jahr 1996, konnte aber aufgrund der gestiegenen Wahlbeteiligung 155.652 Stimmen mehr als zuletzt verbuchen. Damit übernahm sie zum fünften Mal die Rolle eines Juniorpartners im Kabinett. Anders die Liberalen, die nach drei Wahlperioden in Folge ihre Regierungsfunktion verloren und als einzige der im Landtag vertretenen Parteien mit einem Minus von 159.474 Stimmen auch absolut massiv an Unterstützung einbüßten. Mit einem außerordentlich schwachen Resultat von 5,3 Prozent ist die FDP nur noch halb so stark wie im langfristigen Mittel in Baden-Württemberg, wo die Freidemokraten neben Hessen bislang ihre im Schnitt besten Ergebnisse verbuchen konnten. Noch dramatischer stellen sich die Verluste der FDP bei einem Vergleich mit der Bundestagswahl 2009 dar, bei der sie mit einem historischen Rekordergebnis von 18,8 Prozent nur knapp hinter der SPD gelegen hatte. Im Vergleich mit diesem nur anderthalb Jahre zurückliegenden fulminanten Wahlerfolg hatten die baden-württembergischen Liberalen mehr als 760.000 Wähler verloren.

Alle sonstigen Parteien erreichten in der Summe kaum verändert 8,4 Prozent. Im Detail gab es hierbei für die Linke leichte Verluste, für die mit einem Ergebnis von nur 2,8 Prozent der südwestliche Teil der Republik wie Bayern und Rheinland-Pfalz parlamentarische Diaspora bleibt. Die Republikaner befinden sich nach der vierten verlustreichen Landtagswahl in Folge mit noch 1,1 Prozent auf dem Weg zur Marginalisierung, die Piraten konnten mit 2,1 Prozent ihr bislang bestes Resultat in einem Flächenland erzielen.

3.2. Regionale Ergebnisse

Die Verluste der CDU bei dieser Landtagswahl waren ein flächendeckendes Phänomen: In sämtlichen Regierungsbezirken²¹, in 66 von 70 Wahlkreisen, in 53 von 55 Städten mit über

21 Die folgenden Ergebnisse sind – wenn nicht anders gekennzeichnet – entnommen aus: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Wahl zum 15. Landtag von Baden-Württemberg am 27. März 2011 – Vorläufige Ergebnisse, Reihe Statistische Analysen, 1/2011.

30.000 Einwohnern und sogar in Gebieten mit niedriger Bevölkerungsdichte²² verlor die Partei Unterstützung. Die Grünen erzielten ihre größten Zugewinne in Gebieten mit hoher Bevölkerungsdichte und hoher beziehungsweise steigender Wahlbeteiligung. Herausragend war – wie gewohnt – ihr Abschneiden in den Universitätsstädten Freiburg, Tübingen, Heidelberg, Konstanz und neuerdings auch Stuttgart. Ein bemerkenswerter Wandel vollzog sich dieses Mal jedoch außerhalb der traditionellen Hochburgen der Partei. In den urbanen Zentren schon seit Jahrzehnten stark, verzeichneten die Grünen jetzt auch außerhalb der Ballungsräume sowie in Regionen mit niedrigem Akademikeranteil oder hoher Erwerbslosenquote Zuwächse. In allen Wahlkreisen nahm ihr Stimmenanteil zu, was mancherorts zu völlig neuen Machtkonstellationen führte. Waren die Christdemokraten zuletzt in 69 Wahlkreisen stärkste Partei und hatten 2006 nur im Wahlkreis Mannheim I – auch weiterhin das „gallische Dorf“ der SPD – das Direktmandat verfehlt, fielen sie nun in neun Wahlkreisen hinter die Grünen zurück. Bemerkenswert ist hierbei die Entwicklung in der Landeshauptstadt, wo in allen vier Wahlkreisen ein überproportionaler Anstieg der von Wahlbeteiligung als auch von Grünen-Anteilen zu verzeichnen war und wo die Grünen drei der vier Direktmandate eroberten. Das landesweit stärkste Beteiligungsplus gab es mit 18,5 Prozentpunkten im Wahlkreis Stuttgart I: Hier konnten die Grünen mit 18,6 Punkten gleichzeitig am stärksten zulegen, erzielten mit 42,5 Prozent ihr bestes Wahlkreisresultat und lagen mit über 15 Prozentpunkten Vorsprung sehr deutlich vor der CDU. Noch größer war der Abstand nur im Wahlkreis Freiburg II, der klassischen Grünen-Hochburg, in der die Christdemokraten wie schon bei den letzten fünf Landtagswahlen auch jetzt wieder ihr schlechtestes Ergebnis hinnehmen mussten. Vergleichsweise großen Zuspruch ernteten sie hingegen wie gewohnt im eher ländlichen Nordosten des Landes sowie in den südöstlichen Wahlkreisen Ehingen, Biberach und Sigmaringen, in denen auch jetzt wieder mehr als jeder zweite Wähler sein Kreuz bei der CDU platzierte.

Von solchen Zustimmungsraten blieb die SPD selbst im Einzelfall weit entfernt. In Mannheim I, dem Wahlkreis mit der mit Abstand geringsten Wahlbeteiligung und traditionell Herzkammer einer seit Jahrzehnten nur noch schwachen südwestdeutschen Sozialdemokratie, holte sie mit gut einem Drittel der Stimmen ein Direktmandat und ihr bestes Ergebnis. Doch selbst hier musste sie, wie in weiteren 57 Wahlkreisen, Verluste hinnehmen. In elf Wahlkreisen verfehlte die SPD sogar die 20-Prozent-Marke, worunter der Südosten mit Ravensburg, Sigmaringen, Biberach und Wangen das größte zusammenhängende Diaspora-Gebiet darstellt. Das gleiche gilt für die FDP, die hier – bezeichnenderweise aber auch in weiteren 28 Wahlkreisen – sogar an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte und sich im gesamten Land als „Fahrstuhlpartei“ präsentierte: Bei der letzten Landtagswahl noch fast überall im Plus, verzeichneten die Liberalen jetzt in allen Wahlkreisen Verluste.

3.3. Das Wahlergebnis in den sozialen Gruppen

Ähnlich den regionalen Ergebnissen musste die CDU auch aus sozialstruktureller Perspektive Verluste auf breiter Front hinnehmen: Ein Minus steht bei Männern wie Frauen, in sämtlichen Alters- und Bildungsgruppen, unabhängig vom Erwerbsstatus, sowie in fast al-

²² Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, Wahl in Baden-Württemberg. Eine Analyse der Wahl vom 27. März 2011, Mannheim 2011, S. 82.

len Berufsgruppen und selbst bei katholischen Wählern, die regelmäßig einen Gottesdienst besuchen. Dass die Partei sich dennoch klar als stärkste Kraft behauptete, verdankt sie vor allem der älteren Generation: Wie seit bereits zwei Jahrzehnten lag die CDU bei allen ab 60-jährigen Wählern, die am 27. März mit weit über einem Drittel einmal mehr die stärkste Altersgruppe an den Urnen repräsentierten, zweistellig über ihrem Landesergebnis. Nur noch hier hielt sie die anderen Parteien auf Distanz. In den mittleren Altersgruppen vollzog sich dagegen ein historischer Wandel. Bei den 30- bis 59-Jährigen erreichten die Grünen nach starken Gewinnen mit fast einem Drittel der Stimmen praktisch das Niveau der Christdemokraten. Dabei fand das vielfach beschriebene „Ergrauen der Grünen“ einen neuen vorläufigen Höhepunkt: Die 45- bis 59-Jährigen stiegen erstmals zur quantitativ stärksten Gruppe innerhalb der grünen Wählerschaft auf. Gleichzeitig waren die Grünen nach einem eindrucksvollen Plus von 17 Punkten in diesem Alterssegment beinahe so erfolgreich wie bei den 30- bis 44-Jährigen, bei denen sie zuletzt noch weit überdurchschnittliche Resultate verbuchen konnten. Bei den unter 30-Jährigen sowie den ab 60-Jährigen waren die Zuwachsrate weniger spektakulär, aber insbesondere in der Generation 60 Plus perspektivisch sehr interessant. In dieser für Wahlerfolge hoch relevanten, weil zahlenmäßig größten und beteiligungsfreudigsten Wählergruppe, in der neben der CDU auch die SPD heute noch ihre größten Erfolge erzielt, konnten die Grünen ihr Ergebnis von 2006 verdreifachen. In keiner anderen Alterskohorte gab es bei dieser Landtagswahl ein proportional stärkeres Plus.

Eine Betrachtung der Bildungsabschlüsse vermittelt für das Abschneiden der Grünen hingegen das gewohnte Bild. Mit dem Schulabschluss der Wähler steigt die Zustimmung zur grünen Partei – ein Trend, der bei CDU und SPD tendenziell umgekehrt verläuft. Allerdings hat er bei diesen beiden Parteien wegen der vergleichsweise niedrigen Schulabschlüsse älterer Wähler auch generationsbedingte Ursachen. Neu ist hingegen die Verteilung der parteipolitischen Gewichte in den einzelnen Bildungsgruppen. In ihrer klassischen Domäne, bei den Wählern mit Hochschulabschluss, wurden die Grünen erstmals stärkste Partei – ein Erfolg, der mit noch erheblich größerem Vorsprung außerdem bei den konfessionslosen Wählern gelang. Hier lagen die Grünen mit 37 Prozent weit vor der CDU, die in dieser Gruppe nur noch drittstärkste Kraft wurde. Wie gewohnt beherrscht sie aber den Markt der konfessionell gebundenen und insbesondere der regelmäßig praktizierenden Wähler. Knapp die Hälfte der Katholiken, fast ein Drittel aller regelmäßigen Kirchgänger und annähernd drei von vier katholischen Wählern, die jede Woche einen Gottesdienst besuchen, machten am 27. März ihr Kreuz bei den Christdemokraten. Dies bestätigt zwar sehr deutlich die klassischen wahlsoziologischen Muster entlang traditioneller Konfliktlinien²³, jedoch entfalten diese mit den veränderten konfessionellen Realitäten anders gelagerte Effekte als in der Vergangenheit: Während der Anteil der Konfessionslosen an der Wählerschaft in den letzten beiden Jahrzehnten kontinuierlich gewachsen ist, hat sich der Anteil derjenigen Katholiken, die regelmäßig einen Gottesdienst besuchen, in diesem Zeitraum halbiert.

23 Vgl. Seymour Martin Lipset / Stein Rokkan, Cleavage Structure, Party Systems, and Voter Alignments. An Introduction, in: *dies.*, (Hrsg.), *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*, New York 1967, S. 1 – 64; Franz-Urban Pappi / Jens Brandenburg, Sozialstrukturelle Interessenlagen und Parteipräferenzen in Deutschland. Stabilität und Wandel seit 1980, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 62 Jg. (2010), H. 3, S. 459 – 483.

Tabelle 2: Wahlentscheidung in den sozialen Gruppen bei der baden-württembergischen Landtagswahl vom 27. März 2011 (und Veränderungen zu 2006)

	CDU	SPD	Grüne	FDP	Linke
Gesamtergebnis	39,0 (-5,2)	23,1 (-2,1)	24,2 (+12,5)	5,3 (-5,4)	2,8 (-0,3)
Alter					
18 bis 29 Jahre	33 (-3)	21 (-8)	26 (+13)	4 (-8)	3 (±0)
30 bis 44 Jahre	33 (-5)	19 (-6)	32 (+14)	5 (-5)	3 (±0)
45 bis 59 Jahre	32 (-7)	23 (-5)	31 (+17)	5 (-5)	4 (-1)
60 und älter	49 (-6)	26 (+4)	15 (+10)	6 (-5)	2 (±0)
Geschlecht					
Männer	39 (-5)	23 (±0)	22 (+11)	6 (-6)	3 (±0)
Frauen	39 (-5)	23 (-4)	27 (+14)	5 (-5)	2 (-1)
Schulbildung					
Hauptschulabschluss	47 (-7)	27 (+3)	13 (+9)	5 (-4)	2 (-1)
Mittlere Reife	39 (-5)	23 (-5)	24 (+15)	5 (-5)	3 (-1)
Hochschulreife	34 (-4)	21 (-5)	31 (+12)	5 (-5)	3 (-1)
Hochschulabschluss	31 (-1)	20 (-8)	36 (+13)	7 (-8)	2 (±0)
Konfession					
katholisch	48 (-7)	19 (-1)	21 (+11)	4 (-4)	2 (-1)
evangelisch	37 (-2)	26 (-3)	24 (+12)	6 (-7)	2 (-1)
keine	20 (-4)	23 (-7)	37 (+18)	5 (-8)	7 (±0)
Kirchgangshäufigkeit					
jede Woche	64 (-3)	13 (+1)	16 (+7)	3 (-4)	1 (±0)
ab und zu	47 (-4)	22 (-1)	21 (+12)	5 (-4)	1 (-1)
selten, nie	34 (-5)	25 (-4)	26 (+14)	6 (-6)	3 (-1)
Erwerbsstatus					
berufstätig	35 (-4)	22 (-4)	28 (+13)	5 (-6)	3 (-1)
Rentner	49 (-5)	27 (+3)	13 (+9)	6 (-5)	2 (±0)
arbeitslos	23 (-12)	25 (-1)	27 (+14)	3 (-8)	5 (-3)
Berufsgruppe					
Arbeiter	41 (-6)	26 (±0)	17 (+11)	4 (-4)	3 (-1)
Angestellte	36 (-5)	24 (-4)	27 (+14)	5 (-6)	2 (-2)
Beamte	36 (+2)	27 (-5)	28 (+8)	5 (-2)	2 (±0)
Selbständige	44 (-7)	13 (+1)	27 (+15)	9 (-11)	2 (±0)
Gewerkschaftsmitglied					
ja	29 (±0)	34 (-7)	23 (+11)	3 (-3)	5 (-1)
nein	40 (-6)	21 (-2)	25 (+13)	6 (-6)	2 (-1)

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen e.V., Wahltagbefragung, Mannheim 2011.

Die SPD liegt bei den gewerkschaftlich gebundenen Arbeitern klar vor CDU oder Grünen. Doch nachdem sich das Gewicht dieser traditionellen Anhängergruppe an der Wählerschaft ebenfalls um die Hälfte reduziert hat, profitieren die baden-württembergischen Sozialdemokraten von dieser weiter bestehenden Koalition heute weit weniger stark als in früheren Jahren.

3.4. Bestimmungsfaktoren des Wählervotums

Analog dem Gewichtsverlust politischer Vorfeldorganisationen wie Kirchen oder Gewerkschaften ist auch die Relevanz langfristiger Einflussfaktoren partiell rückläufig, in Form von Parteibindungen²⁴ aber natürlich weiterhin vorhanden. In Baden-Württemberg kamen diese diesmal der CDU ganz besonders zugute. Auf Parteiimage-, Kandidaten- und Kompetenzebene neuerdings mit ganz erheblichen Schwächen, verdankt sie ihren Statuserhalt als stärkste Partei einer noch immer vergleichsweise starken und konstanten Verankerung in weiten Teilen der Bevölkerung. Diese bildet seit Jahrzehnten einen Grundpfeiler der Vormachtstellung der südwestdeutschen Christdemokraten.²⁵ Knapp ein Drittel der Wahlberechtigten sowie rund drei Viertel der CDU-Wähler identifizierten sich mit der Partei. Keine andere Partei erreichte ähnlich hohe Anteile. Dank ihrer überproportional großen Bedeutung für den Wahlentscheid (vgl. Tabelle 3) vermochte die Verteilung der Parteiidentifikation die Verluste der CDU in Grenzen zu halten. Verstärkt wurde dieser strukturelle Vorteil durch ein Parteiimage, das innerhalb des eigenen Lagers praktisch überhaupt nicht gelitten hat. Von ihren Anhängern wurde die CDU auf einer +5/-5-Skala (sehr hohes bis sehr niedriges Ansehen) nach 3,6 im Jahr 2006 jetzt bei einem weiterhin sehr positiven Wert von 3,4 verortet. In der gesamten Wählerschaft erlebte der christdemokratische Landesverband allerdings einen dramatischen Einbruch von 1,9 auf 0,6. Dieser bislang mit Abstand schlechteste Imagewert fand seine Erklärung in der massiv verschärften Polarisierung zwischen den Parteien und ihren Anhängern. Wurde die CDU vom politischen Gegner früher meist respektvoll-gemäßigt bewertet, hat sie heute unter SPD- und Grünen-Anhängern, aber auch unter den zahlreichen Nichtwählern des Landes ein klares Negativimage.

Die FDP besitzt ein solches inzwischen sogar unter allen Befragten, nachdem sie von plus 0,5 auf minus 0,7 abstürzte. Umgekehrt verlief die Entwicklung bei den Grünen, die mit 0,7 (2006: 0,1) auf eine positive Entwicklung verweisen können und so das noch vor kurzem in Baden-Württemberg Undenkbare schafften: Bei der Reputation lagen sie mit der CDU auf einem Niveau sowie fast auf Augenhöhe mit den Sozialdemokraten. Doch während bei den Grünen in den letzten zehn Jahren neben dem Parteiansehen auch die Zufriedenheit mit deren Landtagsarbeit gewachsen ist, stagnieren die Sozialdemokraten bei beiden Bewertungen. Dies ist exemplarisch für den Zustand einer Partei, von der heute rund die Hälfte der Bürger „nicht genau weiß, für was sie eigentlich steht“.

Ebenso charakteristisch war schließlich die stark abfallende Leistungskurve der Landesregierung, deren Arbeit nach 1,5 im Jahr 2001 und 1,1 im Jahr 2006 jetzt nur noch bei durchschnittlichen 0,3 eingestuft wurde. Dies war das schlechteste Zeugnis für ein Stuttgarter Kabinett, für das stark rückläufige Werte beider Koalitionspartner verantwortlich zeichneten und das eine wachsende Entfremdung der Wähler von der Regierung anzeigen. Vor einer Landtagswahl, bei der bei gestiegenem Politikinteresse für 70 Prozent der Wahlberechtigten die Inhalte den Ausschlag gaben, vertraten fast zwei Drittel der Baden-Würt-

²⁴ Vgl. Angus Campbell / Philip E. Converse / Warren E. Miller / Donald E. Stokes, *The American Voter*, New York 1960; Jürgen W. Falter / Harald Schoen, Parteiidentifikation, in: *dies.* (Hrsg.), *Handbuch Wahlforschung*, Wiesbaden 2005, S. 206 – 225.

²⁵ Vgl. Oscar W. Gabriel / Kerstin Völk, a.a.O. (Fn. 2), S. 25 f.; S. Isabell Thaidigsmann, a.a.O. (Fn. 1), S. 53 ff.

Tabelle 3: Hauptmotiv der Wahlentscheidung 2011 (in Prozent)

	Spitzenkandidat	Inhalte / Positionen	Parteibindung
alle	10	70	19
CDU-Wähler	13	57	28
SPD-Wähler	11	68	19
Grüne-Wähler	4	86	8
FDP-Wähler	23	56	18

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen e.V., Blitzumfrage zur Landtagswahl in Baden-Württemberg, Mannheim 2011, Auswahl: potenzielle Wähler.

temberger die Ansicht, dass sich „die Landesregierung aus CDU und FDP zu wenig um die Belange der Bürger kümmert“.

Ein entsprechendes Gewicht besaßen bei dieser starken Themenorientierung die partei-spezifischen Positionen zu Sachfragen und die den Parteien zugewiesenen Sachkompetenzen. Neben den aktuell bedeutsamen Streitfragen dürfen bei deren Analyse die klassischen Politikfelder nicht übersehen werden. Unmittelbar vor der Wahl sahen 87 Prozent der Baden-Württemberger ihr Land ökonomisch besser aufgestellt als andere westdeutsche Bundesländer. 76 Prozent bescheinigten ihm eine hohe Zukunftstauglichkeit, und 63 Prozent bewerteten ihre persönliche finanzielle Lage positiv. In Sachen Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Zukunftskompetenz galt die CDU wie seit jeher als führend. Ein ganz anderes Bild zeigte sich dagegen bei den Top-Themen dieser Wahl: In der Bildungs- und Schulpolitik, die auf Platz drei der Agenda stand, hatte die CDU ihre Führungsrolle an die SPD verloren. Beim zweitwichtigsten Thema, dem geplanten Bahnhofsumbau in Stuttgart, wurden die Sozialdemokraten dagegen regelrecht zerrieben. Nur die wenigsten Bürger sahen bei ihnen hierfür tragfähige Konzepte. Den Positionen der CDU und der Grünen fühlten sich dagegen fast gleich viele Befragte nahe – ein Meinungsbild, das den Konflikt in aller Deutlichkeit hervortreten ließ und beispielhaft für die neue Polarisierung zwischen der CDU und den Grünen stand. 38 Prozent der Wahlberechtigten waren für den Umbau, 34 Prozent dagegen, und 25 Prozent war dies egal. Während im Großraum Stuttgart 47 Prozent der Befragten das Thema als wichtig für ihre Wahlentscheidung bezeichneten, waren dies im übrigen Land nur 29 Prozent.

Ein weitaus größeres Gewicht für den Wahlentscheid besaß das Thema Atomkraft, bei dem die Grünen im Hinblick auf die Kompetenzzuweisung CDU und SPD regelrecht deklassierten. In allen Teilen des Bundeslandes belegte das Thema den Spaltenplatz auf der politischen Agenda²⁶, und 62 Prozent der Befragten wiesen ihm eine Bedeutung für ihre Stimmabgabe zu. Anders als bei Stuttgart 21 waren die Einstellungen weit weniger kontrovers und folgten häufiger dem grünen als dem schwarzen Kurs: 52 Prozent der Menschen im Land plädierten für die schnellstmögliche Abschaltung deutscher Meiler, für weitere 35 Prozent hätte es beim ursprünglich bis 2021 geplanten Atomausstieg bleiben sollen. Im Gegensatz dazu befürworteten lediglich zehn Prozent die von der Bundesregierung Ende 2010 beschlossene Laufzeitverlängerung. Bei der Aufkündigung des gesellschaftlich hoch-

26 Die wichtigsten Probleme (maximal zwei Nennungen bei offener Abfrage): Kernkraft / Atomausstieg (41 Prozent), Stuttgart 21 (29 Prozent), Schule und Bildung (22 Prozent), Jobs (11 Prozent), Politikverdruss / Affären (10 Prozent), Umwelt / Klima (6 Prozent).

akzeptierten Atomkonsenses hatte, wie bereits erwähnt, gerade der baden-württembergische Ministerpräsident eine Vorreiterrolle eingenommen. Nachdem sich die Bürger republikweit schon seit Jahren mehrheitlich und mit hoher Konstanz gegen einen längeren Betrieb deutscher Kernkraftwerke ausgesprochen hatten²⁷ und in diesem Punkt somit lange vor dem Unfall in Fukushima grünen Positionen folgten, entwickelte sich das Thema für *Stefan Mappus* zum doppelten Dilemma. Seine Kehrtwende in der Atompolitik interpretierten nicht weniger als 67 Prozent der Baden-Württemberger als wahltaktisches Manöver.

Dass aus einem Reputationsproblem nun endgültig ein massives Glaubwürdigkeitsdefizit geworden war, hatte seine Vorgeschichte aber nicht allein in der von *Mappus* vollzogenen energiepolitischen Wende. Zweifel an seiner Integrität hatte die Opposition anlässlich des umstrittenen „EnBW-Deals“²⁸ geäußert, in dessen Kontext sie *Mappus* der bewussten Lüge bezichtigte.²⁹ Auch mit seiner Einwilligung in die Schlichtung über Stuttgart 21 hatte er kurzerhand einen radikalen Kurswechsel vollzogen. Als das Land mit dem „Schwarzen Donnerstag“ republikweite Negativschlagzeilen produzierte, war auch beim zweiten Top-Thema dieser Wahl aus einem kompromisslosen Hardliner³⁰ ein konsenssuchender Landesvater geworden.³¹ Doch während sich der Ministerpräsident in Sachfragen flexibel zeigte, blieb seine Bewertung durch die Bevölkerung konstant negativ.³² Mit einem unmittelbar vor der Wahl erreichten durchschnittlichen Popularitätswert von minus 0,2 auf einer +5/-5-Skala war er nicht nur weit entfernt vom Ansehen sämtlicher seiner Amtsvorgänger in der Villa Reitzenstein, sondern schaffte auch bundesweit einen Rekord: Gemeinsam mit Hamburgs Interims-Bürgermeister *Christoph Ahlhaus* war er in mehr als drei Jahrzehnten der einzige Regierungschef, der vor einer Landtagswahl negativ bewertet wurde. Basis dieser Einstufung bildete zunächst seine scharfe Polarisierung. Ein positives Image attestierten ihm nur noch CDU-Anhänger, Katholiken und Rentner. Dagegen zeichneten vor allem Bürger mittleren Alters, Befragte mit formal hohem Bildungsniveau und die Anhänger der Oppositionsparteien ein kritisches bis außergewöhnlich negatives Bild. Hinzu kam eine im Vergleich mit seinen Vorgängern miserable Leistungsbilanz: Hatten *Erwin Teufel* im Jahr 2001 74 Prozent, und *Günther Oettinger* 2006 noch 59 Prozent aller Baden-Württemberger eine gute Arbeit bescheinigt, waren dies bei *Mappus* jetzt lediglich 41 Prozent der Befragten, historisch die geringste Zustimmungsrate die jemals für einen Ministerpräsidenten eines Flächenlandes gemessen wurde.

Die Konsequenz aus Integritätsproblem, Negativimage, Polarisierung und Arbeitsbilanz war ein seltes, angesichts der Verteilung der Parteistärken besonders bemerkenswertes

27 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer 2006 bis 2010, verschiedene Messzeitpunkte.

28 Andreas Müller, Es droht ein böses Erwachen, in: Stuttgarter Zeitung vom 20. März 2011, <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.enbw-deal-es-droht-ein-boeses-erwachen.e186d0fa-34f4-4d57-8fb7-56b3dca4b06e.html> (Abruf am 21. November 2011).

29 Vgl. Jens Witte, Mappus soll vor dem Landtag gelogen haben, in: Spiegel Online vom 29. Januar 2011, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,742399,00.html> (Abruf am 27. Juli 2011).

30 Vgl. Florian Gathmann, Mappus geht aufs Ganze, in: Spiegel Online vom 30. September 2010, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,720579,00.html> (Abruf am 27. Juli 2011).

31 Wenige Tage nach dem Polizeieinsatz gegen Demonstranten hatte der Ministerpräsident einer Schlichtung zugestimmt. Vgl. Michael König, Der kleine Befreiungsschlag des Stefan Mappus, in: sueddeutsche.de vom 6. Oktober 2010, <http://www.sueddeutsche.de/politik/stuttgart-der-kleine-befreiungsschlag-des-stefan-mappus-1.1008894> (Abruf am 27. Juli 2011).

32 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer-Extra Baden-Württemberg November, Februar und März 2010.

Phänomen. In der Frage nach dem gewünschten Regierungschef lag – zumindest in einer der Konstellationen – der Herausforderer vor dem Amtsinhaber. 33 Prozent favorisierten *Mappus*, aber 37 Prozent den SPD-Spitzenkandidaten *Schmid*. Im Eigenschaftsprofil war dieser gleichzeitig der glaubwürdigere und mit weitem Abstand sympathischere Kandidat. 30 Prozent waren unschlüssig beziehungsweise sagten „keinen von denen“, denn schließlich gab es ja noch einen dritten Bewerber. Im Duell *Mappus* gegen *Kretschmann* lag der amtierende Regierungschef mit 36 Prozent zwar knapp vor dem zukünftigen (32 Prozent, weiß nicht/keiner von beiden ebenfalls 32 Prozent); dennoch attestierten die Wähler *Kretschmann* im Vergleich mit dem amtierenden Ministerpräsidenten ein besseres Image, insbesondere klare Vorteile in Sachen Integrität. Der wichtigste Grund für den Vorsprung *Mappus'* bei der Frage nach dem bevorzugten Ministerpräsidenten war offensichtlich eine große Unbekannte im Wählerkalkül. In Deutschland ist das Vertrauen in die gouvernementalen Fähigkeiten von Oppositionsparteien, gleich welcher Couleur, traditionell schwach ausgeprägt.³³ In diesem speziellen Fall äußerten 58 Prozent der Baden-Württemberger Bedenken, ob die Grünen in der Lage seien, einen Ministerpräsident zu stellen und eine Regierung zu führen. Eine solche Skepsis war auch bei der Bewertung zukünftiger Koalitionsoptionen erkennbar. Gegen das bekannte Modell Rot-Grün gab es weniger Vorbehalte als gegen ein grün-rotes Novum. Doch selbst diese unbekannte Variante fand in der Bevölkerung wesentlich mehr Zustimmung als eine Neuauflage des schwarz-gelben Bündnisses. Die Wahlniederlage der CDU hatte inhaltliche und personelle Gründe, die auch ihr unverändertes Übergewicht bei der Verteilung der Parteiidentifikation nicht zu kompensieren vermochte.

4. Regierungsbildung und Formierung der Opposition

Die Botschaft des Wahltags war an Eindeutigkeit kaum zu überbieten. Die Wähler hatten die amtierende Landesregierung abgewählt und wünschten einen an den Inhalten und den Personen klar erkennbaren politischen Wechsel. Ungeachtet der rechnerischen Möglichkeit eines Zusammengehens mit der SPD oder den Grünen verzichtete die CDU bei dieser Ausgangslage darauf, den Spitzenpolitikern der beiden Parteien die Aufnahme von Koalitionsgesprächen vorzuschlagen. Damit zeichnete sich bereits am Wahlabend die Bildung einer grün-roten Landesregierung, der ersten dieser Art in der Geschichte der Bundesrepublik, ab. Erstmals seit 1959, als der DP-Politiker *Heinrich Hellwege* sein Amt als niedersächsischer Ministerpräsident verlor, wurde ein nicht von der CDU/CSU oder der SPD gestellter Politiker Regierungschef eines deutschen Bundeslandes. Gar erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik übernahm die SPD die Rolle des Juniorpartners in einer Koalition mit einer anderen linken Partei. Nach 58 Jahren wurde die machtgewohnte CDU auf die Oppositionsbänke verbannt. Die FDP spielte auf Grund des Wahlausgangs für die Regierungsbildung von vorneherein keine Rolle.

Zwar machte die Vorgeschichte der Wahl andere Koalitionsvarianten als die schließlich realisierte unwahrscheinlich; dennoch ist es überraschend, dass offenbar keine der drei potentiellen Regierungsparteien eine Alternative zu Grün-Rot in Erwägung gezogen hatte.

³³ Vgl. *Bernhard Kornelius / Dieter Roth*, Bundestagswahl 2005. Rot-Grün abgewählt. Verlierer bilden die Regierung, in: *Christoph Egle / Reimut Zöhlhöfer* (Hrsg.), Ende der rot-grünen Episode? Eine Bilanz der Regierung Schröder 2002-2005, Wiesbaden 2007, S. 29 – 59, S. 37.

Anders als 2006 war eine Koalition aus CDU und Grünen allein auf Grund der Aussicht der Grünen, im Falle einer Zusammenarbeit mit der SPD den Ministerpräsidenten stellen zu können, wenig wahrscheinlich. Hinzu kam die gewachsene politische Distanz zwischen beiden Parteien, deren Ursachen bis in die Regierungsbildung des Jahres 2006 zurückreichten und die vor allem durch die gegensätzlichen Positionen bei in den Themen Stuttgart 21 und Energiepolitik bedingt waren. Unter der Führung von *Stefan Mappus* wäre eine schwarz-grüne Koalition selbst unter für die CDU günstigeren Voraussetzungen nur schwer vorstellbar gewesen.

In dieser Situation wuchs der SPD, die im Wahlkampf auf Grund der scharfen Polarisierung zwischen der CDU und den Grünen etwas in den Hintergrund gedrängt schien und zudem ihr schlechtestes Wahlergebnis in der Geschichte des Landes eingefahren hatte, die Rolle eines Schlüsselakteurs im Prozess der Regierungsbildung zu. Sie hatte eine Koalition mit der CDU nicht ausdrücklich ausgeschlossen, aber auch nicht angestrebt und befand sich nun in der scheinbar komfortablen Situation, zwischen zwei Partnern wählen zu können. Ganz so erfreulich war diese Lage aber dennoch nicht, denn das angestrebte Ziel, eine SPD-geführte Koalitionsregierung mit den Grünen zu bilden, war knapp verfehlt worden. Für welches Bündnis sich die SPD auch immer entscheiden würde, an der Übernahme der ungeliebten Rolle des Juniorpartners schien kein Weg vorbei zu führen.

Dennoch lag die von der SPD sehr rasch getroffene Entscheidung, mit den Grünen eine Regierung zu bilden, wesentlich näher als der Eintritt in eine CDU-geführte Regierung. Falls in der Partei überhaupt Vorbehalte gegen ein grün-rotes Regierungsbündnis bestanden, waren sie psychologischer Natur und in einem Unbehagen darüber begründet, einen Regierungschef aus den Reihen der Grünen akzeptieren zu müssen. Abgesehen von dieser durch den Wahlausgang geschaffenen Voraussetzung war nur die unterschiedliche Position der SPD und der Grünen zum Bahnhofsprojekt ein möglicher Stolperstein in den Koalitionsverhandlungen. Ansonsten sprachen alle Gründe für ein Zusammensehen mit den Grünen. So hatten SPD und Grüne im Wahlkampf gleichermaßen für einen Politikwechsel geworben, den sie nach der Abwahl der CDU-FDP-Koalition einleiten wollten. Es wäre wenig glaubwürdig gewesen und hätte vermutlich zu enormen innerparteilichen Konflikten geführt, wenn die SPD nach der Wahl von diesem Versprechen abgerückt wäre und die Chance nicht genutzt hätte, die CDU in die Opposition zu schicken. Auch die Kräfteverteilung zwischen der SPD und ihren potentiellen Koalitionspartnern sprach eindeutig für ein grün-rotes Bündnis. In einer CDU-geführten Koalition wäre die SPD mit einem großen Abstand an Wählerstimmen (16 Prozent) der kleinere Partner gewesen, von den Grünen trennte sie lediglich ein Anteil von einem Prozentpunkt. Die Zusammenarbeit mit den Grünen eröffnete also deutlich bessere Aussichten für die anstehende Verteilung der Regierungsämter und die Durchsetzung sozialdemokratischer Inhalte im Regierungsprogramm. In diesem Sinne versicherten beide Parteien bereits vor Aufnahme der Koalitionsverhandlungen, „auf Augenhöhe“ kooperieren zu wollen.³⁴ Schließlich wäre auch ein Eintritt in eine vom eindeutigen Wahlverlierer *Mappus* geführte Regierung den Wählern und Parteimitgliedern kaum zu vermitteln gewesen, und um die Präsentation einer personellen Alternative schien sich die CDU nicht ernsthaft zu bemühen.

³⁴ Vgl. *Rüdiger Bäßler*, Gestörte Harmonie in Baden-Württemberg, in: Zeit Online vom 18. April 2011, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2011-04/spd-gruene-baden-wuerttemberg> (Abruf am 23. September 2011).

So waren die Weichen für die Formierung von Regierung und Opposition relativ rasch gestellt. Bereits vier Tage nach dem historischen Wahlabend bestellten die Grünen und die SPD ihre Verhandlungskommissionen und nahmen die Koalitionsverhandlungen auf.³⁵ In zwei der drei wichtigsten Wahlkampfthemen, der Energie- und der Bildungspolitik, bestanden zwischen beiden Parteien von Anfang an große Gemeinsamkeiten. Im wichtigsten Streitpunkt, Stuttgart 21, kam es zwar nicht zu einer inhaltlichen Übereinkunft, jedoch einigten sich die Verhandlungsparteien darauf, eine Volksabstimmung über das Projekt auf den Weg zu bringen. Diese Lösung war zwischen beiden Parteien zwar im Grundsatz nicht kontrovers, über Einzelheiten des Verfahrens gab es aber Meinungsverschiedenheiten, die zeitweise die ansonsten harmonisch verlaufenden Koalitionsgespräche belasteten.³⁶

Dennoch erreichten die Partner das gesetzte Ziel, innerhalb von vier Wochen ihre Verhandlungen abzuschließen und die Koalitionsvereinbarung zu unterzeichnen. Thematische Schwerpunkte waren die Bildungspolitik, die Energiepolitik, die Haushaltskonsolidierung und die Bürgerbeteiligung. In der Bildungspolitik wurde ein Ausbau von Ganztagschulen, die Einführung von Gemeinschaftsschulen sowie die Abschaffung der Studiengebühren und der Schulempfehlung nach der 4. Klasse vereinbart. In der Energie- und Umweltpolitik stand die Beschleunigung des Ausstiegs aus der Kernenergie an der Spitze der Agenda. Das Engagement für dieses im Kompetenzbereich des Bundes liegende Ziel sollte von einem Ausbau alternativer, insbesondere regenerativer Energien sowie von einer ressourcenschonenden Verkehrspolitik begleitet werden. Das insbesondere von den Grünen betonte Projekt der Haushaltkonsolidierung zielt darauf, mit dem Beginn des Haushaltsjahres 2020 die Neuverschuldung auf null zu bringen. Schließlich wurde die Volksabstimmung über Stuttgart 21 vereinbart, die Bürgerbeteiligung sollte ausgebaut und eine Politik des „Gehörtwerdens“ praktiziert werden. Die Koalitionsvereinbarung wurde am 7. Mai von den Landesparteitagen der Grünen und der SPD angenommen.³⁷

Ganz so reibungslos, wie es die Charakterisierung des grün-roten Bündnisses als „Liebesheirat“³⁸ suggerierte, schien die Einigung in Sachfragen nicht zustande gekommen zu sein. In Anbetracht der divergierenden Ausgabeprioritäten von Grünen und SPD auf den Feldern der Umwelt- und Energiepolitik einerseits sowie der Sozial- und Bildungspolitik auf der anderen Seite und der damit verbundenen Differenzen in den Koalitionsverhandlungen spöttelte die Welt über die „Liebesheirat mit getrennten Betten“³⁹.

Sehr viel deutlicher zeigten sich die Interessengegensätze jedoch bei der Verteilung der Kabinettspositionen. Die SPD erwies sich als harter, durchsetzungsfähiger Verhandlungspartner. Zwar musste sie den Grünen das Amt des Ministerpräsidenten überlassen, ging

35 Vgl. „Kommissionen für Koalitionsverhandlungen stehen“, in: Schwäbisches Tagblatt Online vom 30. März 2011, http://www.tagblatt.de/Home/nachrichten/ueberregional/baden-wuerttemberg_artikel,-Kommissionen-fuer-Koalitionsverhandlungen-stehen-_arid,129441.html (Abruf am 23. September 2011).

36 Vgl. Rüdiger Bäßler, a.a.O. (Fn. 34).

37 Vgl. „Der grün-rote Koalitionsvertrag steht“, <http://www.landtagswahl-bw.de/koalitionsverhandlungen.html> (Abruf am 23. September 2011).

38 „Grün-Rot startet Koalitionsverhandlungen“, in: Spiegel Online vom 31. März 2011, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,754366,00.html> (Abruf am 23. September 2011).

39 Matthias Kamann, Liebesheirat mit getrennten Betten, in: Welt Online vom 16. April 2011, http://www.welt.de/print/die_welt/politik/article13188998/Liebesheirat-mit-getrennten-Betten.html (Abruf am 23. September 2011).

<i>Tabelle 4: Die neue Regierung des Landes Baden-Württemberg (Stand vom 28. September 2011)</i>		
Name	Ressort	Partei
<i>Winfried Kretschmann</i>	Ministerpräsident und Kirchenbeauftragter der Landesregierung	Bündnis 90/Die Grünen
<i>Nils Schmid</i>	Minister für Finanzen und Wirtschaft und stellvertretender Ministerpräsident, und stellvertretender Kirchenbeauftragter der Landesregierung	SPD
<i>Silke Krebs</i>	Ministerin im Staatsministerium	Bündnis 90/Die Grünen
<i>Peter Friedrich</i>	Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten, und Bevollmächtigter des Landes beim Bund	SPD
<i>Gabriele Warminski-Leitheußer</i>	Ministerin für Kultus, Jugend und Sport	SPD
<i>Theresia Bauer</i>	Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst	Bündnis 90/Die Grünen
<i>Reinbold Gall</i>	Innenminister	SPD
<i>Franz Untersteller</i>	Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft	Bündnis 90/Die Grünen
<i>Katrin Altpeter</i>	Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren	SPD
<i>Alexander Bonde</i>	Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz	Bündnis 90/Die Grünen
<i>Rainer Stichelberger</i>	Justizminister	SPD
<i>Winfried Hermann</i>	Minister für Verkehr und Infrastruktur	Bündnis 90/Die Grünen
<i>Bilkay Öney</i>	Ministerin für Integration	SPD
<i>Gisela Splett</i>	Staatssekretärin im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur, und Beauftragte für Lärmschutz	Bündnis 90/Die Grünen
<i>Gisela Erler</i>	Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung	Bündnis 90/Die Grünen

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

aber in der personellen Gesamtbilanz als klarer Sieger aus den Verhandlungen hervor. Von den zwölf Ministerposten entfielen sieben auf die Sozialdemokraten, darunter sämtliche klassischen Ressorts. Neben der Position des stellvertretenden Ministerpräsidenten übernahm ihr Spitzenkandidat und Landesvorsitzender *Nils Schmid* das neu geschaffene „Superministerium“ für Wirtschaft und Finanzen. Insgesamt dominierten in der SPD-Ministerriege erfahrene Landespolitiker. Die Grünen konnten sich neben dem Amt des Ministerpräsidenten, für das *Winfried Kretschmann* seit dem Wahlkampf gesetzt war, fünf Ressorts sichern. Zudem stellen Grüne und SPD jeweils zwei politische Staatssekretäre, von denen *Gisela Splett* (Bündnis 90/Die Grünen), Staatssekretärin im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur, im Sinne der Parität mit der SPD einen Sitz im Kabinett erhielt. Neu geschaffen wurde das Amt der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung und mit der Grünen-Politikerin *Gisela Erler* besetzt. Abgesehen vom Wissenschaftsministerium fielen den Grünen bei der Verteilung der Kabinettsposten ausschließlich Ressorts zu, die ihr traditionelles Politikprofil konstituieren. Die Chance, sich durch die Übernahme nicht zu den Kernkompetenzen der Partei gehörender Ressorts programmatisch breiter zu positionieren, haben sie nicht ergriffen. Am 12. Mai 2011 wurde *Winfried Kretschmann* vom

Landtag zum Ministerpräsidenten gewählt und erhielt zwei Stimmen aus dem Oppositionslager.⁴⁰ Im Anschluss daran wurde die neue Regierung vereidigt.

Bereits lange vor dem Abschluss der Regierungsbildung hatten die Fraktionen ihre Führungen bestellt. SPD und FDP bestätigten ihre bisherigen Vorsitzenden, *Claus Schmiedel* und *Hans Ulrich Rülke*, im Amt. Bei den Grünen war auf Grund der bevorstehenden Wahl *Kretschmanns* zum Ministerpräsidenten eine Neuwahl der Fraktionsführung erforderlich. Den Vorsitz übernahm die Freiburger Abgeordnete *Edith Sitzmann*. Einzig die CDU, die nach dem Rücktritt von *Mappus* von allen seinen Ämtern sowohl den Partei- als auch den Fraktionsvorsitzenden neu zu wählen hatte, stand vor der Notwendigkeit eines grundlegenden personellen Neuanfangs. Der schon seit Jahren in der Partei schwelende Konflikt zwischen dem liberalen und dem konservativen Parteiflügel brach bei beiden Wahlen wieder auf. Bei der Wahl des Fraktionsvorsitzenden trat gegen den bisherigen, dem liberalen Flügel zugerechneten Amtsinhaber *Peter Hauk* die bisherige Umweltministerin *Tanja Gönner* an, eine enge Vertraute des abgewählten Ministerpräsidenten und Exponentin des konservativen Parteiflügels. Die Kampfabstimmung konnte *Hauk* mit einer Zweidrittelmehrheit für sich entscheiden. Auch die Neuwahl des Parteivorsitzenden war von einer ähnlichen Frontbildung bestimmt. Ihr ging eine längere Personal- und Verfahrensdebatte voraus, in der unter anderem die Möglichkeit eines Mitgliederentscheides über die Bestellung des neuen Landesvorsitzenden erörtert, aber relativ schnell zu Gunsten einer möglichst zügigen Lösung der Führungsfrage verworfen wurde. Kurz nach der Wahlniederlage der CDU hatte der bisherige Generalsekretär der Landespartei, der Heilbronner Bundestagsabgeordnete *Thomas Strobl*, seine Bereitschaft zur Übernahme des Landesvorsitzes erklärt. Für *Strobl* sprach, dass er sowohl mit dem liberalen Parteivorsitzenden *Oettinger* als auch mit dessen konservativem Nachfolger *Mappus* offenbar reibungslos zusammengearbeitet hatte und insofern als ein für beide Parteiflügel akzeptabler Kandidat galt. Dennoch stieß seine Kandidatur in der Partei auf Vorbehalte. Einerseits rechneten ihn die Konservativen dem liberalen Flügel zu, andererseits lastete man ihm als dem amtierenden Generalsekretär eine Mitverantwortung für die Wahlniederlage an. Außerdem wurde kritisiert, dass er als Bundestagsabgeordneter nicht hinlänglich in der Landespolitik verwurzelt sei und dem Ministerpräsidenten nicht im Landtag Paroli bieten konnte. Da die Favoritin der Konservativen, *Tanja Gönner*, nach ihrer klaren Niederlage bei der Wahl zum Fraktionsvorsitz für eine Kandidatur nicht zur Verfügung stand, drängten sich potenzielle Gegenkandidaten zu *Strobl* nicht auf. Schließlich erklärte ein relativ unbekannter Vertrauter von *Mappus*, der Ellwanger Landtagsabgeordnete *Wilfried Mack*, seine Bereitschaft, auf dem Ludwigsburger Landesparteitag anzutreten. Bei dieser Wahl setzte sich der favorisierte *Strobl* mit einem Stimmenanteil von 64 Prozent klar gegen seinen Kontrahenten durch.⁴¹

In Anbetracht des tiefen Einschnitts, den die Landtagswahl 2011 im Südwesten mit sich gebracht hatte, erfolgte die Neubesetzung der politischen Führungsämter durch alle Fraktionen relativ zügig. Sowohl für das Regierungs- als auch für das Oppositionslager brachte

40 Vgl. „Kretschmann zum Ministerpräsidenten gewählt“, in: Stuttgarter Zeitung Online vom 12. Mai 2011, <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.im-ersten-durchgang-kretschmann-zum-ministerpraesidenten-gewaehlt.7cc34b96-1f09-42df-8027-8403398e25a3.html> (Abruf am 23. September 2011).

41 Vgl. *Rüdiger Soldt*, Auch Fußnoten der Geschichte können Angst machen, in: FAZ vom 25. Juli 2011, S. 4.

der Regierungswechsel völlig neue Bedingungen des politischen Handelns mit sich. Die CDU verlor erstmals seit der Landesgründung den bis dahin selbstverständlichen Zugriff auf die mit der Regierungsmacht verbundenen personellen, sachlichen und symbolischen Ressourcen. Als einziges Staatsamt war ihr das des Landtagspräsidenten verblieben, das der frühere Finanzminister *Willi Stächele* übernahm. Die neuen Regierungsparteien standen nicht allein vor der Herausforderung, ein Regierungsprogramm zu entwerfen und die Führungspositionen sowie die weiteren politischen Funktionen in den Ministerien zu besetzen. Sie müssen die alltägliche Regierungsarbeit mit einer durch die lange CDU-Dominanz geprägten Ministerialbürokratie bestreiten.

5. Ausblick

An den Ausgang der baden-württembergischen Landtagswahl 2011 knüpften sich zahlreiche Spekulationen landes- und bundespolitischer Art. Während Anhänger der bisherigen Regierungsparteien einen Rückgang der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Landes und einen Qualitätsverlust seines Bildungssystems befürchten, erhoffen sich die Wähler der SPD und der Grünen einen Wandel der Inhalte und des Stils der Politik. Energiewende, Bürgerbeteiligung, größere Chancengerechtigkeit im Bildungssystem lauten die Zauberbrote, mit denen der Politikwechsel assoziiert wird. In den ersten Monaten nach dem Regierungswechsel haben sich diese Erwartungen noch nicht bestätigt. Der Streit um Stuttgart 21, seit Anfang ein Streitpunkt zwischen den Koalitionspartnern, überschattet bisher die Regierungsarbeit und bremst den politischen Elan der Koalitionspartner. Ob das Ergebnis des für den 27. November geplanten Volksentscheides über das Projekt eine zügige Inangriffnahme der bildungs-, energie- und haushaltspolitischen Vorhaben der Regierung ermöglichen oder die Regierungsarbeit weiterhin belasten wird, ist derzeit noch nicht abzusehen. Bisher jedenfalls konnte die Regierung – ebenso wenig wie die Opposition – ein klares politisches Profil entwickeln.

Allein aus diesem Grunde sind Spekulationen über die langfristige politische Entwicklung in Baden-Württemberg ebenso gewagt wie solche über die möglichen Implikationen des Landtagswahlergebnisses. Die Abwahl der CDU-FDP-Koalition und der Erfolg von Grün-Rot waren nicht das Ergebnis eines parteipolitischen Realignments, durch das sich die langfristige parteipolitische Kräfteverteilung im Lande grundlegend verschoben hätte. Sie resultierten aus einem Zusammenspiel in dieser spezifischen Konstellation vermutlich kaum wiederholbarer Einflüsse: einem unpopulären Spitzenkandidaten der CDU, einer für die Grünen extrem günstigen Themenkonjunktur, einer nicht präsenten FDP-Landespartei und – nicht zuletzt – einem kräftigen Gegenwind aus Berlin. Die Frage, ob sich aus dieser „deviating election“ langfristig ein Realignment entwickeln kann, wird sich daran entscheiden⁴², ob es der neuen Landesregierung gelingt, den von ihrer Wählerschaft erwarteten Politikwechsel zu verwirklichen. Weder die Chance des Erfolges noch das Risiko des Scheiterns lässt sich prognostizieren.

42 Vgl. Jürgen W. Falter, Einmal mehr: Läßt sich das Konzept der Parteidentifikation auf den deutschen Kontext übertragen?, in: PVS, 18. Jg. (1977), H. 2/3, S. 476 – 500.

6. Zusammenfassung

- (1) Nach einem außerordentlich polarisierenden Wahlkampf und einer starken Mobilisierung der Wählerschaft führte die baden-württembergische Landtagswahl am 27. März 2011 zum Ende einer seit 58 Jahren bestehenden Dominanz der CDU. Die Christdemokraten verteidigten zwar ihre Position als stärkste politische Kraft im Lande. Auf Grund der starken Stimmenverluste beider Regierungsparteien konnte die bisherige Koalition aus CDU und FDP aber nicht fortgesetzt werden. Die Grünen wurden mit einem starken Zuwachs an Wählerstimmen zweitstärkste Fraktion im Landtag, die SPD musste sich bei erneuten Stimmenverlusten mit dem dritten Platz in der Wählergunst zufrieden geben.
- (2) Wie im Wahlkampf angekündigt, verständigten sich die Grünen und die SPD auf die Bildung einer Regierung und wählten *Winfried Kretschmann* zum ersten grünen Ministerpräsidenten in der Bundesrepublik.
- (3) Maßgeblich für den Machtwechsel war eine weit verbreitete Wechselstimmung, die ihre Entsprechung in der Bewertung der personellen Angebote der Parteien, in den dominierenden Themen und den Parteien zugewiesenen Problemlösungskompetenz fand. Niemals zuvor in der Geschichte des Landes war die CDU mit einem so unpopulären Spitzenkandidaten angetreten wie mit dem Ministerpräsidenten *Stefan Mappus*. Seine beiden Konkurrenten *Nils Schmid* und *Winfried Kretschmann* waren zwar einem großen Teil der Wähler unbekannt, erzielten aber bei denen, die sie kannten, gute Bewertungen. Zudem wurde die politische Agenda nicht von wirtschaftspolitischen Themen bestimmt, die die CDU stets als ihre ureigensten reklamieren konnte. In Fragen der Atomenergiepolitik fühlten sich die Wähler vor allem den Grünen nahe, bei Stuttgart 21 standen sich gleichgroße Gruppen von Befürwortern der Position der CDU und der Grünen gegenüber.

Die Bürgerschaftswahl in Bremen vom 22. Mai 2011: Triumph für Rot-Grün, „Abwahl“ der Opposition

Lothar Probst

Im Reigen der sieben Landtagswahlen im Superwahljahr 2011 spielte die Bürgerschaftswahl am 22. Mai in Bremen eher eine untergeordnete Rolle. Außerhalb Bremens dominiert bei nicht wenigen Beobachtern die Wahrnehmung, dass es sich eigentlich eher um eine Kommunal- als um eine Landtagswahl handele. Wählen im Zwei-Städte-Staat an der Weser genießen vor diesem Hintergrund im Rest der Republik in der Regel nur wenig Aufmerksamkeit.¹ Dass die Bürgerschaftswahl 2011 dennoch eine gewisse Beachtung fand, war dem

1 Vgl. *Lothar Probst* (Hrsg.), Politische Institutionen, Wahlen und Parteien in Bremen, Münster 2011, S. 3.